

Protokollauszug

aus der

36. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport (TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss) vom 17.01.2007

öffentlich

Top 2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010

Schnittstellen zwischen Jugendhilfe- und Bildungsbereich

Schwerpunkte u.a.:

- **Auswertung der Sozialarbeit an Potsdamer Schulen im Schuljahr 2005/2006**

- **Suchtprävention**

- **Integrierte Grundschul- und Hortplanung**

06/SVV/0968

zur Kenntnis genommen

Frau Dr. Müller schlägt aufgrund des engen Zeitplanes in der heutigen Sondersitzung vor, die integrierte Grundschul- und Hortplanung zu vertagen. Sie schlägt einen Zeitrahmen von ca. einer Stunde vor.

Herr Schweers bringt den Jugendförderplan ein und macht dabei deutlich, dass aufgrund der Sozialraumorientierung der Jugendförderplan in dieser Form letztmalig vorgelegt wird.

Schnittstellen:

Herr Becker gibt anhand einer Folie einen Überblick über die Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Bildung und erläutert diese. Die Unterlagen werden als Tischvorlage ausgereicht.

Auswertung der Schulsozialarbeit:

Herr Stahlberg informiert, dass insgesamt 8 Sozialarbeiter mit je 35 Wochenstunden an Potsdamer Schulen tätig sind. Er bedankt sich bei den Schulleitern für die gute Zusammenarbeit.

Frau Syperrek weist darauf hin, dass 75 % der Sozialarbeiterarbeit Einzelfallberatungen sind. Trotz sinkender Schülerzahl ist die Zahl der Fälle gestiegen. Sie geht auch auf die Lebenssituationen der Schüler und Schülerinnen ein, gibt einen Überblick über die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten und benennt die Beratungsschwerpunkte. Von 41 allgemeinbildenden Schulen kann an 8 Schulen Schulsozialarbeit abgedeckt werden. Die Schulsozialarbeiter wollen sich dem wachsenden Bedarf stellen, man sollte gemeinsam versuchen Möglichkeiten zu finden. Die Grundschule am Priesterweg hat schon über 13 Jahre einen Antrag zu laufen.

Suchtpräventionsarbeit:

Herr Prinz-Schubert informiert, dass die Fachstelle ein überregionales Angebot ist und sich vom Kita-Alter bis zu 27jährigen erstreckt. Anhand einer Powerpoint-Präsentation gibt er einen Überblick über die durchgeführten Veranstaltungen im Bereich Grundschule und Kita, die vom Jugendamt gefördert und durch die Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam unterstützt werden.

Herr Schmolke, Leiter der Suchtpräventionsfachstelle, gibt einen Überblick über die Gesundheitsfürsorge und Suchtprävention in Kita, Hort und Grundschule und erörtert die Ziele. Er bietet an, den Ausschussmitgliedern die Präsentation als PDF-Datei zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Müller erklärt, dass zwei Anträge auf Rederecht zu Schulsozialarbeit vorliegen. Sie schlägt vor, den Anträgen zu entsprechen.

Herr Voehse regt an, erst in die Diskussion einzusteigen und dann die Redebeiträge anzuhören.

Frau Knoblich bittet sich an das vorgegebene Zeitlimit zu halten, da der Bildungsausschuss im Anschluss an die gemeinsame Sitzung noch eine eigene Tagesordnung abzuarbeiten hat.

Abstimmung zum Rederecht:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 1

Dem Rederecht wird zugestimmt.

Herr Voehse stellt fest, dass ihm bei der Schulsozialarbeit in Potsdam der Aspekt des politischen Zusammenhanges fehlt.

Frau Knoblich fragt nach den Angeboten des Malteser Treffpunkt Freizeit, der erhalten wurde, um dort Kinder- und Jugendarbeit durchzuführen. Sie mahnt das Konzept an, welches bereits im Sommer im Jugendhilfeausschuss beraten werden sollte.

Frau Dr. Müller erklärt, dass dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt und beraten wird.

Herr Rudolph weist auf die dringende Erforderlichkeit der Schulsozialarbeit hin und macht deutlich, dass nicht bei Einrichtung neuer Stellen für Schulsozialarbeit an anderer Stelle gespart werden darf.

Frau Drohla fragt, ob keine Möglichkeit besteht, die Schulsozialarbeit bei 8 Stellen zu belassen oder zu steigern. Ihr ist aufgefallen, dass Bambus e.V. den Antrag auf Betriebserlaubnis nicht eingereicht hat und trotzdem arbeiten darf.

Herr Schweers erklärt, dass dies der Antrag für AKI war, der nicht eingereicht wurde, weil dies durch den Träger derzeit noch nicht durchgeführt wird. Er sieht derzeit keine Möglichkeit Mittel einzusetzen, um die Schulsozialarbeit auszuweiten.

Frau E. Müller erinnert daran, dass die Schulsozialarbeiterstellen ursprünglich aus dem 610-Stellen-Programm eingerichtet und gefördert wurden. Diese Förderung wird immer weiter zurückgefahren. Aus ihrer Sicht ist die Schulsozialarbeit unverzichtbar. Es sollte insgesamt überlegt werden, ob nicht an jeder Schule ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung stehen sollte. Der Jugendhilfebereich deckt einen großen Bereich der Sozialarbeit ab, aber für die Schulen reicht es nicht aus. Man sollte nicht den Streit beginnen, ob Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bereich Schule bereit gestellt werden können. Sie plädiert dafür, mit dem Land darüber ins Gespräch zu kommen, dass an jeder Schule ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung steht. Dies ist aber durch die Kommune nicht leistbar.

Frau G. Fischer ergänzt, dass dies auch im Bildungsausschuss des Städte- und Gemeindebundes thematisiert wurde und erneut an das MBSJ herangetragen wird. Der Fachbereich Schule und Sport hat Chill Out in die Schulleiterberatungen eingeladen, um Kontakte herzustellen.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Schulsozialarbeiter auch durchaus politische Entwicklungsarbeit in den Gesprächen mit den Schülern leisten. Es ist aber auch eine Aufgabe der Eltern, hier einzuwirken. Durch Ganztagschule erhalten Lehrer mehr Stundenzuweisungen. Diese Ressourcen sollten über Qualifizierung der Lehrer genutzt werden.

Herr Lehmann fragt, ob grundsätzlich eine Komm-Struktur bei der Schulsozialarbeit besteht oder ob es auch aufsuchende Arbeit gibt.

Herr Burck erklärt, dass nur mit den Schülern gearbeitet wird, die dies auch wollen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, Schüler zu den Sozialarbeitern zu schicken.

Herr Kümmel weist auf die Tabelle mit den Kosten und Sozialarbeiterstellen hin. Er fragt, ob bei der Stellenfortschreibung bis 2010 von absoluten Zahlen ausgegangen wurde und wie die Zahlen zustande kommen. Er möchte auch wissen, wie der Aufwuchs in der Geschäftsstelle des Stadtjugendringes (SJR) zustande kommt und was die Aufgaben des Koordinators der Schulsozialarbeit beinhalten.

Herr Schweers informiert, dass diese Zahlen nach dem demografischen Faktor und den Sozialindikatoren in den Sozialräumen berechnet sind. Die Ausweitung der Arbeit der Geschäftsstelle des SJR war seit Längerem eine Forderung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Stahlberg berichtet kurz über seine Aufgaben.

Herr Harder lädt Herrn Kümmel ein, sich vor Ort die Arbeit anzusehen. Er verweist auch auf die Internetseiten des SJR.

Frau Eichelbaum, Schulleiterin der Grundschule am Priesterweg, informiert über die Situation an ihrer Schule. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Probleme der Kinder insgesamt immer vielschichtiger werden und betont die Wichtigkeit und Unverzichtbarkeit der Schulsozialarbeit.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der Antrag dieser Schule auf einen Schulsozialarbeiter höchste Priorität hat.

Frau Röber, stellv. Schulleiterin der Weidenhof-Grundschule, weist auf die sehr gute Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern hin. Sie schildert kurz einige Situationen, bei denen ein Schulsozialarbeiter unerlässlich ist.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass Schulsozialarbeit ein ganz wichtiger Faktor ist. Es muss alles daran gesetzt werden, um zumindest die Schulsozialarbeit zu verstetigen. Aufgrund der sozialen Entwicklung in Potsdam, wonach sich weiterer Bedarf abzeichnet, auf den zu reagieren ist, muss es arbeitsteilige Lösungen zwischen Land und Kommune geben. Die Ressourcen aus Ganztage sollten perspektivisch durch Qualifizierung der Lehrer genutzt werden können

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden **Verfahrensvorschlag**:

Im Ergebnis der heutigen gemeinsamen Sitzung sollte ein gemeinsames Schreiben an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gerichtet werden, mit der heute erarbeiteten Tendenz. Beide Ausschüsse sollten in ihren nächsten Sitzungen darüber befinden.

Dr. Steinicke stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Dr. Müller macht auf die ausgereichten Flyer zur Fachtagung „Ohnmächtige Jugend(arbeit)“ der Stadtverwaltung am 30.01.2007 aufmerksam.